



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

9

September 2019 / 53. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL



Berufsalltag Polizei – Fordernd und belastend

Seite 5 <

Spitzengespräch mit der CDU in der Hauptstadt zu Clankriminalität und Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte

Seite 17 <

Fachteil:

- Die Bezeichnung „Zigeuner“ aus strafrechtlicher Sicht
- Containern – Lebensmittelrettung oder strafbewehrtes Unrecht?



Postvertriebsstück • Deutsche Post AG „Insgesamt bezahlt“



Baustelle Polizei



Schwere Geburt: Mehr Anwärterstellen in den nächsten drei Jahren

Mit seinem Vorstoß nach 100 neuen Stellen Ende Juli hat Innenminister Bouillon sich deutlich aus der Deckung gewagt und endlich eine unserer gewerkschaftlichen Kernforderungen der letzten Jahre aufgegriffen.

Dabei hat der Innenminister ein Paket im Wert von fünf Millionen Euro skizziert, mit dem diese Stellenschaffung über einen Nachtragshaushalt reali-

siert werden sollte. Prompt kam die Absage aus dem Finanzministerium.

Für uns als Gewerkschafter und „Nichtpolitiker“ erneut befremdlich, dass aus Reihen der SPD Zustimmung zu Bouillons Plänen kam, jedoch aus den eigenen Reihen nicht. Ob dies mit den Ideen des Bildungsministers zu tun hatte, der auch mehr Personal forderte, können wir nicht sagen.

Eins wurde jedoch deutlich: Beim Thema Personal rührt sich zumindest etwas in der

Landesregierung. Nicht zuletzt aufgrund der eher bescheidenen Medienberichte im Zusammenhang mit Ereignissen in Saarlouis.

Besonders ärgerlich war für viele unserer Kolleg(inn)en daher auch die Reaktion, die aus dem Finanzministerium sehr barsch und direkt erfolgte. Der Eindruck, der sich dabei zeigte, war: Kassenlage vor Personal!

Wir sind als Gewerkschafter bei der Frage der Finanzierung jedoch „leidenschaftslos“. Wichtig ist und bleibt für uns, dass Stellen geschaffen werden, egal aus welchem Topf sie bezahlt werden. Denn unsere Aufgabe ist es, der Politik deutlich zu machen, dass **die jetzige Situation nicht mehr tragbar ist**. Daher haben wir auch eine klare Ansage von Ministerprä-

sident Hans eingefordert. Denn der sich im „Sommerloch“ anbahnende Hickhack zwischen den Politikern haben wir für nicht förderlich gehalten und nochmals deutlich gemacht, dass unsere Kolleg(inn)en dafür auch kein Verständnis mehr haben.

Kurz gesagt: Es brennt und wir müssen löschen und nicht noch übers Wasser diskutieren!

Der Ministerpräsident hat schließlich im Streit um mehr Stellen dann ein „Machtwort“ gesprochen und die angekündigten 100 neuen Stellen zugesagt. Zur Finanzierung würden Umschichtungen im Haushalt (Doppelhaushalt 2019/2020) genutzt und bei der Planung danach. Nach ersten Informationen sollen kurzfristig Planstellen (A10) für Anwärter

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553

www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876



mehrfach besetzt werden. Danach würden diese dann voll im Haushalt ausgewiesen.

Wir werden bei der Umsetzung darauf achten, dass diese nicht zum Nachteil des Bestandspersonals erfolgt. Daher werden wir zeitnahe Gespräche mit dem Innenministerium durchführen. Ein etwas fader Beigeschmack bleibt jedoch; denn wenn es jetzt scheinbar so einfach ist, im laufenden Haushalt Stellen frei zu machen für mehr Personal, dann kann man sich schon mal fragen, warum erst ein Riesenspektakel erfolgen muss, damit das geschieht. Naja, es ist mal wieder klar geworden, dass es nichts geschenkt gibt und eine Gewerkschaft daher äußerst wichtig ist, da sie die Finger in die Wunden legt und für unsere Kolleg(inn)en immer wieder einsteht.

ABER, bei all der Euphorie über die nun wichtige Personalerhöhung darf aber eins nicht vergessen werden. Es klingt im Gesamtzusammenhang sogar etwas makaber, denn trotz des künftigen Personalaufwuchs,

bauen wir im Saarland als einziges Bundesland noch bis zumindest nächstes Jahr Stellen aktiv ab. Das bedeutet, dass die bereits ungemein prekäre Personalsituation sich absehbar bis ins kommende Jahr nochmals deutlich zuspitzt.

Die politischen Statements wie „Trendwende“ oder Ähnliches sind da eher noch Wunschenken, aber nicht Realität. Denn es geht erst wieder aufwärts, wenn die künftig neuen Kollegen (Anwärter) ab 2024 voll einsetzbar sind. Bis dahin läuft der Karren auf den „Felgen“, wenn nicht auch für die Zeit dazwischen Maßnahmen erfolgen. Dies hat auch unsere jungen Kolleg(inn)en der JuPo sehr verärgert. Mit dem Titel „Die saarländische Polizei steht kurz vor dem Kollaps – wann geben die Verantwortlichen dies endlich zu“ haben sie sich Luft gemacht. Denn das Bestandspersonal muss die Fehlscheidungen der letzten Jahre auch noch weiterhin ausbüßeln. Es ist in vielen Bereichen äußerst knapp mit Personal, und das Wort „Reserve“ kennen wir gar nicht mehr. Es

wäre im Gesamtzusammenhang schon wünschenswert gewesen, wenn die Politik sich hier mehr selbstkritisch zeigen würde. Die Polizei ist nicht schuld an ihrer Personalsituation, muss sie aber täglich aushalten. Diese Tatsache muss auch mal gesagt werden, denn sie gehört zu unserem momentanen Alltag. Man reformiert, organisiert um und verlangt von allen Kolleg(inn)en höchste Flexibilität. Wenn dann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter krank werden oder einfach die Last zu groß wird, wundert man sich bei den Verantwortlichen ... wir nicht.

Der Begriff Wertschätzung ist nicht nur finanziell zu sehen, denn er beginnt auch mit dem Respekt vor dem Geleisteten.

Wir fordern daher kurzfristig:

- > eine Erhöhung der Anzahl von Verlängerungsmöglichkeiten der Dienstzeit der Kollegen, die kurz vorm Ruhestand stehen. Hier sind viele Länder sogar bereit, einen Bonus für verlängerungswillige

Kollegen zu zahlen. Das wäre sicher ein guter Anreiz, die Zahlen in diesem Bereich zu erhöhen (aktuell sind 29 Verlängerungen realisiert).

- > neue Stellen im Tarif- und Verwaltungsbereich kurzfristig zu schaffen (Höhergruppierungen), die zur Entlastung vor allem im Verwaltungsbereich der Polizei (polizeifremde Tätigkeiten) führen;
- > Möglichkeiten zur weiteren Entlastung bei Tätigkeiten schnellstmöglich zu prüfen und umzusetzen. Hier sehen wir zum Beispiel eine Forcierung im Bereich der Schwertransportbegleitung und auch in der Unfallaufnahme (Bagatelldelikte).
- > eine kritische Überprüfung der räumlichen Zuständigkeitsbereiche in der Fläche.
- > die Mindestverweildauer im WSD zu prüfen und landesweit die Stellenbewertung anzugleichen (alle Plen);
- > Zulagen weiter zu heben und die Kappungsgrenzen bei der Erschwerniszulage abzuschaffen und die Ruhegehaltsfähigkeit schrittweise wieder einzuführen. ■

Datenerfassung mit Smartphones: DPolG Forderung wird umgesetzt

Wie von uns eingefordert, wird die saarländische Polizei künftig mit Smartphones und passenden Apps vor Ort im Einsatz notwendige Daten erfassen und automatisch in polizeiliche Systeme übertragen können. Der Probelauf hat begonnen.

Polizei 2.0 wird langsam Realität. Wir haben mit Blick auf andere Länder recht früh die politisch Verantwortlichen darauf hingewiesen, dass es absolut notwendig ist, auch die Smartphonetechnik für die Belange der Polizei stärker zu nutzen.

Gerade der Faktor Zeit spielt aus unserer Sicht eine große Rolle. Denn unsere Kolleg(inn)en haben davon viel zu wenig. Daher sollten gerade über diese Technik Abläufe vereinfacht werden und als quasi positiver Ne-

benefekt auch Übertragungsfehler minimiert werden. Durch die Möglichkeit, Infos bereits vor Ort digital zu erfassen, kann man dies erreichen. Somit fallen doppelte Arbeitsschritte weg. Der polizeiinterne Messengerdienst wird ebenso die interne Kommunikation verbessern und beschleunigen.

Nach Angaben des Ministeriums werden nach der Testphase „alle Wach- und Streifenfenddienste sowie weitere

einzelne Dienststellen (zum Beispiel der Kriminaldauerdienst) mit insgesamt etwa 160 Mobiltelefonen (Apple iPhone 7 plus) ausgestattet“.

Wir haben große Erwartungen an die neue Technik, und erste Erfolgsmeldungen wie sie unsere Nachbarn in Rheinland-Pfalz verzeichnen, bestätigen uns in unserer Forderung nach mehr Digitalisierung zur Arbeitserleichterung. ■



Videüberwachung in Saarbrücken kommt ... wenn auch später als geplant

Nach langem Tauziehen zwischen Stadt und Land und nach nunmehr erfolgten rechtlichen Klärungen im Bieterverfahren steht der Videoüberwachung in Saarbrücken (Bereich Bahnhof und Johanniskirche) nichts mehr im Wege.

Die DPoIG hat sehr früh für die Videoüberwachung in Saarbrücken plädiert. Das Innenministerium war schnell von der Sinnhaftigkeit dieser Technik überzeugt und hat die Voraussetzungen geprüft. Leider ist diese Technik auch immer wieder ein Politikum. Zuletzt konnte man es in der Bundeshauptstadt sehen, wo es sogar eine Petition hierfür gab (jedoch ohne Erfolg). Wir im Saar-

land sind da zum Glück besser aufgestellt. Die politische Rückendeckung aus der Landesregierung war recht früh da. Die Umsetzung dauerte jedoch trotzdem länger als erwartet. Bauliche und rechtliche Bedenken verliefen wie ein roter Faden durch das Projekt, das nun Anfang August mit den Bauarbeiten starten konnte. Bis November möchte man an den „Kriminalitätsschwerpunkten“



> Landespolizeipräsident und Minister beim Start der Installationsarbeiten am Bahnhof

Bahnhofsvorplatz und Johanniskirche entsprechende Kamertechnik vorhalten.

Wir als DPoIG begrüßen auch weiterhin die Umsetzung der Videoüberwachung. Diese darf jedoch nicht den Eindruck vermitteln, dass damit personelle Ressourcen freigesetzt werden, denn im Gegenteil erwarten wir mehr Arbeit für unsere Kolleg(inn)en. Neben eigens dafür geschultem Personal im Polizeilichen Ordnungsdienst wird die Polizei vor Ort den Einsatz der Technik spüren, die am Ende aber auch zu einer Steigerung des Sicherheitsgefühls in Saarbrücken beitragen wird.

Stand der Dinge – Baustelle Neubau PI Saarbrücken

Die Abrissarbeiten sind in den letzten Wochen deutlich vorangegangen. Die letzten Gebäude sind abgerissen und auch ehemalige Bunkeranlagen wurden nach und nach „geschliffen“ und nun verfüllt. Die Baumaßnahme geht nun zügig voran.

Beim Thema Parkfläche wird es jedoch noch etwas haken, da, nachdem diese auf ein absolutes Minimum geschrumpft war, nun erst sukzessive mehr Fläche bereitgestellt wird. In der Urlaubszeit war dies weniger problematisch. In den kommenden Wochen werden wir jedoch erneut merken, dass einiges an Parkfläche fehlt.

Wir haben als DPoIG erste Gespräche geführt, um Abhilfe zu schaffen. Mit Blick auf die beginnenden Bauarbeiten wird es nötig, Alternativen zu haben. Der Neubau der PI und des Behördenparkhauses ist derzeit ab dem dritten Quartal 2020 vorgesehen.



© DPoIG Saarland (2)

> Freifläche nach allen Abrissarbeiten



> LPP N. Rupp und IM K. Bouillon auf der Baustelle der neuen Groß-PI



> Sicht auf ehemalige Bunkeranlage



+++ Pressemitteilungen vom 30./31. Juli 2019 +++

DPolG kritisiert die aktuelle Studie zur Polizeigewalt und die daraus resultierende Forderung der Linken

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender, und Sascha Alles, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, halten die Studie der Universität Bochum zu hierzulande mutmaßlich 12 000 Fällen ungerechtfertigter Polizeigewalt pro Jahr für nicht seriös. „Das scheint mir nicht seriös zu sein“, sagte Wendt. „Bei dieser sogenannten Studie handelt es sich um offene Befragungen im Internet. Daran konnte sich jedermann beteiligen und behaupten, Opfer rechtswidriger Polizeigewalt zu sein.“ Wendt stößt sich an der Interpretation der Zahlen.

Alles ergänzt, dass es nicht nachvollziehbar sei, dass man sogar mehrfach an der Befragung teilnehmen konnte. Somit konnten einzelne Personen mehrfach in der Statistik auftauchen. Nach Auffassung von Alles ist das handwerklich nicht gut gemacht und verfälscht das Ergebnis.

Aus dieser Online-Befragung und ihrer Interpretation hat man dann den Schluss gezogen, dass sich die Fälle deutlich erhöht hätten und ist von einer fünfmal höheren Dunkelziffer ausgegangen. Er rät daher zur genauen Prüfung der Qualität der erhobenen Daten.

Wendt erklärte, jeder könne behaupten, Opfer von rechtswidriger Polizeigewalt geworden zu sein. „Ob die Anwendung von polizeilichen Zwangsmitteln rechtswidrig

Polizeigewalt ist oder nicht, wird nicht an der Universität Bochum entschieden, sondern von einer unabhängigen Justiz.“

Die Forderung der Partei Die Linke nach einer Behörde für Ermittlungen bei Polizeigewalt lehnen wir nachdrücklich ab.

„Die Forderung der Partei Die Linke vermittelt den Eindruck, dass die Polizei und die Justiz nicht rechtsstaatlich arbeiten“, so Sascha Alles, Landesvorsitzender der DPolG.

„Das ist keineswegs so und das kann ich so nicht stehen lassen, weil es ehrabschneidend und respektlos ist. Die Polizei hat gerade aus Erfahrungen der Vergangenheit, in der in Einzelfällen Beamte Fehlverhalten gezeigt haben, richtige Konsequenzen gezogen und unter anderem durch die Verlagerung der Dienststelle Besondere Ermittlungen Korruption (BEK) an die Behördenleitung die notwendige Unabhängigkeit sichergestellt.

Ermittlungen werden hier sowohl in Fällen gegen oder zum Nachteil von Beamten professionell bearbeitet. Dass Polizisten im Falle einer Beanzeigung auch eine Gegenanzeige machen dürfen (Wie im Übrigen jeder andere Bürger auch!), ist ihr gutes Recht und ist absolut indiskutabel. Auch Polizisten und Polizistinnen sind Bürger unseres Rechtsstaates. Das ist der Linken hoffentlich klar.“

Kommentar des Landesvorsitzenden:

Es ist wirklich befremdlich, dass in der aktuellen Diskussion aus Einzelfällen immer öfter ein Generalverdacht gegenüber der Polizei entsteht. Zurzeit sehen wir, wie die Polizei in Hessen generell von einigen in die „rechte Ecke“ gestellt wird, weil dort von über 13 000 Polizist(inn)en ein Duzend unter Vedacht geraten sind.

Natürlich muss jeder Einzelfall auch konsequent verfolgt und aufgeklärt werden. Das sollte keine Frage sein.

Die Polizei darf nicht parteiisch sein und handeln. Jedoch wird bewusst von manchen Medien und Politikern mit Begriffen wie „rechtes Netzwerk in der Polizei“ ein Bild gezeichnet, das so aus meiner Sicht absolut nicht stimmt und den Polizeiberuf sogar beschädigt. Bisweilen entsteht der Eindruck, dass wir den Boden des Rechtsstaates verlassen hätten und

Polizei kein Garant für Sicherheit mehr wäre.

Dem gegenüber stehen (zum Glück) regelmäßige Befragungen von Bürger(inn)en, die der Polizei hohe Sympathie- und Kompetenzwerte bescheinigen. Den Medien und der Politik im Übrigen eher nicht. Wir als Polizei haben eine wichtige Aufgabe in unserem Land, die wir täglich nach besten Kräften umsetzen: Wir sorgen für Sicherheit, und zwar für alle in unserem Land. Dabei riskieren wir Leib und Leben und sind oftmals auch als Tröster, Sozialarbeiter, Auskunft und Helfer gefragt.

Auch möchte ich nicht vergessen, dass gerade die Polizei in den letzten Jahren immer öfter und auch immer offener Opfer von Gewalt (körperlich und verbal) geworden ist.

Unsere Kolleg(inn)en machen einen guten Job und das sollte viel öfter im Fokus stehen! ■

> Geburtstage im Monat September

Wir gratulieren recht herzlich folgenden Kollegen:

K.-J. Schäfer	K. Weyland
W. Kummer	T. Vester
H. Bellmann	K. Mohrbacher
S. Alles	

Wir wünschen euch alles Gute und vor allem Gesundheit im neuen Lebensjahr.

© pixabay